„Vor die Wand“

Ver.di-Chef Frank Bsirske, 50, über Reformen im Öffentlichen Dienst und Berlins Ausstieg aus den Arbeitgeberverbänden

RALF HIRSCHBERGER / DPA

Ver.di-Chef Bsirske
„Einnahmeseite verbessern“

SPIEGEL: Die öffentlichen Kassen sind leer, der Tarifabschluss wird deshalb zu einem massiven Stellenabbau führen. Stört Sie das nicht?

Bsirske: Stellenabbau gehört seit Jahren zum Alltag im Öffentlichen Dienst. Ich habe nicht die Illusion, dass wir ihn durch eine Politik der Lohnzurückhaltung aufhalten können. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst erbringen gute Leistungen, die entsprechend bezahlt werden müssen. Kürzungen und Personalabbau lösen die Probleme nicht. Vielmehr muss die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte verbessert werden.

SPIEGEL: Das Land Berlin hat bereits Konsequenzen gezogen und ist aus der Tarifgemeinschaft ausgetreten. Wird das Beispiel Schule machen?

Bsirske: Wir werden deutlich machen, dass sich ein solches Verhalten nicht lohnt. Alle gesellschaftlich relevanten Gruppen müssen jetzt an einen Tisch und überlegen, wie die Haushaltssituation Berlins verbessert werden kann. Das darf nicht einseitig zu Lasten der Beschäftigten geschehen und auch nicht auf Kosten der Bürger, die auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind. Auch der Bund muss einen Beitrag leisten. Sie können kürzen, wie Sie wollen, ohne Hilfe von außen lassen sich die Probleme Berlins nicht lösen.

SPIEGEL: Sie setzen auf frisches Geld?

Bsirske: Die Körperschaftsteuer-Einnahmen sind faktisch verdampft, und die geplante Abgeltungsteuer wird voraussichtlich zu Mindereinnahmen in Milliardenhöhe führen. Diese Politik darf nicht fortgesetzt werden, sonst fährt der Öffentliche Dienst vor die Wand. Deshalb werden wir die Wiedereinführung der Vermögensteuer offensiv vorantreiben …

SPIEGEL: … und dabei die Konfrontation mit der Bundesregierung suchen?

Bsirske: Wir werden der Konfrontation nicht ausweichen, wenn es nötig ist.

SPIEGEL: Welchen Beitrag kann der Öffentliche Dienst zur Lösung der Probleme in Berlin beitragen?

Bsirske: Man kann nicht behaupten, dass die Reform des Öffentlichen Dienstes in Berlin in der Vergangenheit erfolgreich vorangetrieben wurde. Bei der Bezirksreform wurde die Verwaltung in den oberen Rängen eher aufgebläht als abgebaut. Das Thema Reform wird bei der Lösung der Probleme auch eine Rolle spielen.

SPIEGEL: Sie wechseln vom Klassenkämpfer zum Reformer?

Bsirske: Vermögensteuer hat doch nichts mit Klassenkampf zu tun. Und ich weise seit Jahren darauf hin, dass es notwendig ist, die Leistungsfähigkeit im Öffentlichen Dienst zu verbessern. Es macht keinen Sinn, dass neun Leute etwas abzeichnen, aber nur zwei das Produkt veredeln. Wenn ich betrachte, was in Berlin im Vergleich zu anderen Großstädten passiert ist, dann liegt die Hauptstadt zehn Jahre zurück. Daran habe ich wie die Mehrheit der Beschäftigten kein Interesse.

SPIEGEL: Wie kann der Öffentliche Dienst effizienter werden?

Bsirske: Ich habe in Hannover als Personaldezernent die Verwaltungsreform vorangetrieben, mit mehr Verantwortung für die Mitarbeiter oder Führungspositionen, die nur auf Zeit vergeben wurden. Wir haben uns in Potsdam mit den Arbeitgebern ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Wir wollen in den nächsten 27 Monaten an einer Reform des Tarifrechts arbeiten. Da geht es auch um Leistungsanreize, Vereinfachung oder die Loslösung vom Beamtenrecht.

SPIEGEL: Das heißt, Sie müssen für Reformen den Öffentlichen Dienst vom Beamtenrecht mit seinem Alimentierungsprinzip abkoppeln.

Bsirske: Man muss generell überlegen, wo man in Zukunft noch mit Beamten arbeiten will. In vielen Bereichen ist das heute nicht mehr zwingend.

Teil der drückenden Personalkosten befreien:

- Mit einer Bundesratsinitiative möchte sich die Stadt von der bundeseinheitlichen Bezahlung für Beamte verabschieden. Die Arbeitszeit für Beamte hat Berlin bereits im Alleingang verlängert. Sie sollen später Angestellte ersetzen, die gekündigt werden können.
- Durch den Austritt aus den Arbeitgeberverbänden sollen die in Potsdam beschlossenen Tariferhöhungen für mehrere zehntausend Berliner Landesbedienstete einfach ausfallen.

Während die meisten Kommunen die Lohnerhöhungen durch Einsparungen an anderen Stellen noch mühsam ausgleichen werden, hat Berlin diese Möglichkeit nicht. Die Hauptstadt ist mit kaum glaublichen 46 Milliarden Euro verschuldet – und steht nun womöglich vor jenem Streik, den die anderen Bundesländer abgewendet haben.

Doch SPD-Innensenator Ehrhart Körting sieht keine Alternative: „Die Übernahme des Tarifabschlusses für die Hauptstadt wäre der finanzpolitische Todesstoß.“

Schon werden die Töne der Berliner Gewerkschafter aggressiver. Sie wissen, was für sie auf dem Spiel steht. Und sie spüren den Druck ihrer Zentralen, in Berlin auf keinen Fall den Dammbruch zuzulassen.

„Das mit dem Spaßsenat ist vorbei“, sagt Klaus Eisenreich, Sprecher der Berliner Gewerkschaft der Polizei (GdP), und spielt auf Wowereits frühere Ausflüge ins Nachtleben an. Nun heiße es, „entweder die oder wir, entweder der Senat stürzt, oder wir gehen unter“. Mit „unglaublicher Verbitterung“ würden die Polizeibeamten auf die zweistündige Arbeitszeitverlängerung reagieren, die der Senat angeordnet hatte.

Sollte es zu einer Urabstimmung über Streiks kommen, will die GdP zum ersten Mal auch über Kampfmaßnahmen der Beamten abstimmen lassen. „Wir hätten diese Radikalisierung nicht, wenn die im Senat noch einen Funken Anstand hätten“, sagt Eisenreich, der „in den letzten Tagen eine Willkür“ registriert, gegen die er „36 Jahre als SPD-Mitglied angekämpft“ habe.

Die Gewerkschaften haben sich selbst in diese Lage gebracht. So sicher waren sie sich ihrer Stärke, dass sie eine Offerte des Senats ablehnten, die „in der Wirtschaft bejubelt worden wäre“, wie PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf meint.

Um jährlich bis zu eine Milliarde Euro beim Personal zu sparen, hatte die Stadtregierung den Beamten und Angestellten einen Solidarpakt angeboten. Motto: „Arbeitszeitverkürzung gegen Verzicht auf Lohn- und Gehaltssteigerungen“. Der Stellenabbau sollte durch altersbedingte Fluktuation erfolgen, Kündigungen wollte der Senat auch zukünftig ausschließen.

Doch weder Ver.di noch Beamtenbund wollten sich auf das Angebot einlassen – im festen Glauben, der Senat werde rechtzeitig vor den bereits damals angedrohten dra-